

MITTEILUNG 21.06.2007

Herausgeber: Dr. Norbert Röttgen MdB  
Redaktion:  
Dr. Christiane Schwarte (030) 227-5 23 60  
Verena Herkenhoff (030) 227-5 53 75  
Telefax (030) 227-5 66 60  
fraktion@cducsu.de  
www.cducsu.de

# **Reiche/Aigner/Schummer: Angebote für alle Ausbildungsplatzbewerber schaffen**

Zur heutigen Berufsbildungsdebatte erklären die stellvertretende Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Katherina Reiche MdB, die bildungspolitische Sprecherin, Ilse Aigner MdB, und der Berichterstatter für Berufliche Bildung, Uwe Schummer MdB:

Die Lage auf dem Lehrstellenmarkt entspannt sich. Der Ausbildungspakt wirkt. Jedem ausbildungswilligen Jugendlichen soll eine Berufsausbildung oder eine Qualifizierung angeboten werden. Hierzu sollen folgende Instrumente angeboten werden:

- Ein Qualifizierungs-Kombilohn soll langzeitarbeitslosen Jugendlichen helfen, die mit den herkömmlichen Instrumenten der Arbeitsförderung nicht mehr erreicht werden. Danach wird für arbeitslose Jugendliche ohne Berufsabschluss, die mindestens sechs Monate arbeitslos sind, ein „Qualifizierungskombi“ in Form einer Kombination aus Lohnkostenzuschuss und Qualifizierung umgesetzt.
- Ein Instrument ist die Erprobung von Ausbildungsbausteinen, die durch die zuständigen Kammern zertifiziert werden. Einige Berufsbilder werden in Ausbildungsbausteine gegliedert. Nach

jedem Baustein ist der Wechsel in ein  
duales Ausbildungsverhältnis möglich.  
Die erfolgreichen  
Einstiegsqualifizierungen werden auf  
hohem Niveau weiterfinanziert und  
sollen mit den Ausbildungsbausteinen  
kombiniert werden können.

- Wir möchten mehr qualifizierte  
Stufenausbildungen.  
Stufenausbildungen schaffen  
Zwischenabschlüsse. Die bei der  
Berufsbildungsreform 2005 vereinbarte  
Überprüfung auch bestehender  
Ausbildungsordnungen hinsichtlich  
einer verstärkten Strukturierung als  
qualifizierte Stufenausbildung durch  
das Bundesinstitut für Berufsbildung  
ist überfällig. Hier sind im  
Konsensverfahren die Tarifpartner  
gefordert.
  
- Die Berufsberatung soll wieder  
deutlich verstärkt werden, um eine  
angemessene individuelle Beratung und  
Betreuung der Jugendlichen und eine  
ausreichende berufsberaterische  
Präsenz an den Schulen  
sicherzustellen.